

# KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

R 22053 E

## PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

Zentralorgan des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD

17. August 1976

Am 17. August jährt sich zum 20. Male die Verkündung des Bundesverfassungsgerichtes zum Verbot der KPD.

### EXTRABLATT

# weg mit dem KPD-Verbot!

## 20 Jahre Abbau demokratischer Rechte

### KAZ-Umfrage

#### Meinungen zum KPD-Verbot

KAZ: „Was ist Ihre Meinung zum KPD-Verbot?“

Drucker: „Ich finde, das KPD-Verbot muß schnellstens aufgehoben werden. Ich kenne ein paar Kommunisten, mit denen habe ich recht gute Erfahrungen gemacht.“

Das ist eben typisch in solch einem Staat, daß sie gerade die verbieten, die den Geldsäcken auf die Finger klopfen.“

Ein Arzt: „Ich bin Christ und Humanist und stimme nicht mit den Kommunisten überein, aber ich bin auch Demokrat und insofern ist das KPD-Verbot ziemlich undemokratisch.“

Spanischer Kollege: „Ich weiß aus meinem Land, was das Verbot einer kommunistischen Partei bedeutet. Ich verstehe die Deutschen nicht, wie uninteressiert sie dem gegenüberstehen.“

Taxifahrer: „Was, das gibt es noch? Das kann doch nicht wahr sein. Überall sieht man doch die Kommunisten.“

Kollege von EW: „Ich verstehe nicht, warum die verboten wurde, sie bekommen bei den Wahlen doch ganz klar eine Abfuhr. Wenn sie kandidieren dürfte, so wertet man sie doch nur auf.“

Mitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff: „Als Gewerkschaftler weiß ich, was  
Fortsetzung Seite 2

„Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts“ schrieb der bürgerliche Schriftsteller Thomas Mann. Dieser Torheit entsprang auch das Verbot der KPD. Thomas Mann war bestimmt kein Kommunist, aber er hatte erkannt, daß Demokratie und Gesinnungsfreiheit untrennbar miteinander verbunden sind. Auch heute versucht die Reaktion mit Gesinnungsschnüffelei und Anti-kommunistischer Wahlhetze („Freiheit oder Sozialismus“) die Freiheit der Demokraten zu beschneiden und den Fortschritt zu bekämpfen. Heute wie vor 20 Jahren ist es daher die Aufgabe aller Demokraten, den Antikommunismus und das KPD-Verbot zu bekämpfen, um die Demokratie zu verteidigen.

„Das 1956 vom Bundesverfassungsgericht erlassene KPD-Verbot kann ohne allzu große Schwierigkeiten wieder rückgängig gemacht werden. Das KPD-Verbot ist im übrigen ohne Parallelen in anderen freiheitlichen Staaten. In Spanien, Portugal und Griechenland freilich hält man es mit Verboten. Sollte uns solche Gesellschaft nicht nachdenklich stimmen?“ (der heutige Außenminister Genscher 1967 gegenüber der Illustrierten STERN). Die BRD und das faschistische Spanien stehen heute allein. Das griechische und portugiesische Volk hat sich inzwischen Freiheit und Demokratie von dieser faschistischen Gesellschaft zurückerobert. In der BRD dagegen jährt sich am 17. August 1976 zum 20. Male das KPD-Verbot.

Damit sind nicht nur kommunistische Organisationen, sondern alle fortschrittlichen und revolutionären Vereinigungen von Zerschlagung und ihre Mitglieder vom Gefängnis bedroht. Auf dem KPD-Verbot fußt die Berufsverbotspraxis, die eine skandalöse Treibjagd auf Demokraten im Öffentlichen Dienst darstellt. Dieses Gesinnungsverbot galt und gilt nicht nur für die Kommunisten, sondern für alle fortschrittlich gesinnte Menschen. So forderte z.B. CDU-Dregger bereits das Verbot der DKP, gegen das sich alle Demokraten, ob sie mit der DKP einverstanden sind oder nicht, wenden müssen. Das KPD-Verbot trifft alle, die sich gegen den Abbau der demokratischen Rechte wehren – gegen die Einschränkung der Streikfreiheit des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, gegen das Verbot politischer Betätigung in Betrieben, Schulen, Hochschulen und Kasernen.

Aber mehr noch: Nicht nur einzelne, damit als kriminell hingestellte „Tatbestände“ wie Streiken und Demonstrieren sollen illegal werden. Eine ganze Weltanschauung, das Denken eines großen Teils des Volkes auch in der BRD soll verboten sein. Die Anschauung nämlich, daß die arbeitende Bevölkerung in diesem Staat nichts zu erwarten hat, daß es eine herrschende Clique gibt, die sie für ihren Profit schanlos ausbeutet. Die Anschauung daß die Werktätigen nichts zu verlieren haben und nur etwas gewinnen können; wenn sie die Macht dieser handvoll Schmarotzer brechen und die Sache in die eigenen Hände nehmen. Verboten ist damit die Weltanschauung und der Kommunismus – der Marxismus-Leninismus. Vor dieser Anschauung haben die Herrschenden Angst, denn in ihrem Zeichen haben sie viele Völker befreit.

Jeder Demokrat der sich heute z.B. gegen die Berufsverbote wendet, steht vor der grundsätzlichen Frage, ob er sich auch gegen Berufsverbote für Kommunisten wendet. Kann er sich auf den Standpunkt stellen, er sei gegen Rechts- und Linksradikale gleichermaßen? Der Ausspruch des Demagogen Löwenthal „... das Schädlichste am Nationalsozialismus war der Sozialismus.“ zeigt, wohin die Gleichsetzung „rechts ist gleich links“ führt. Die Ursachen für die faschistische Diktatur und für den barbarischen Raubkrieg waren die wirtschaftlichen Interessen der Großindustrie – die Kommunisten kämpften mit vielen Antifaschisten gegen Faschismus und Krieg, für eine Gesellschaftsordnung, in der der Zeitzunder eines neuer-

lichen Faschismus aus gerettet ist: das Profitinteresse der Imperialisten. In diesem Sinne sind wir Kommunisten natürlich radikal, denn die Profitinteressen der Unternehmer gehen auf Kosten der Arbeiter und anderen Werktätigen. So stehen den mageren Lohnerhöhungen gigantische Profitsteigerungen (wie z.B. bei Hoechst von 227% zwischen dem 3. und 4. Quartal 75) gegenüber. Zur Situation der Arbeiter kommen Preissteigerungen, Rationalisierung und ein Arbeitslosenheer von knapp 1 Million dazu. Auf diese unsere Lage gab die proletarische Weltanschauung schon immer die richtige Antwort: Kampf um die Herrschaft der Arbeiterklasse! Und diese Anschauung wies den Kommunisten in der BRD bereits in den 50er Jahren den richtigen Weg zu diesem Ziel.

■ Kampf gegen die Remilitarisierung: Bei den machtvollen Demonstrationen gegen die Remilitarisierung des deutschen Imperialismus wirkte die KPD als organisierende, führende Kraft der friedliebenden Bevölkerung. Bei den Abstimmungen in der Bevölkerung, die damals von Demokraten und insbesondere von Kommunisten trotz Terror und Verfolgung durchgeführt wurden, sprachen sich über 90% gegen die Wiederaufrüstung aus.

■ Kampf gegen die wirtschaftlichen Angriffe des deutschen Imperialismus. In Betrieb und Gewerkschaft waren es die Kommunisten, die gegen alle Sozialpartnerschaftsideologie die Kollegen zum Kampf ermutigten und an der Spitze der großen Streiks standen.

■ Kampf für die Sozialisierung der Schlüsselindustrie und ein wirkliches Mitbestimmungsrecht, wie es im östlichen Teil Deutschlands schon verwirklicht war, gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz. Für entschädigungslose Enteignung der Stahl- und Grubenbarone organisierte sie Abstimmungen in Schachtanlagen und Metallbetrieben und erhielt zehntausende von Ja-Stimmen.

■ Kampf für die Einheit Deutschlands.

### Siehe Seite 2

# 20 Jahre KPD-Verbot 200 Jahre Gefängnis

- 200 Jahre Gefängnis
- 150 000 Untersuchungsverfahren
- Tausende von Berufsverboten
- Einschränkung des aktiven und passiven Wahlrechts
- Rückwirkende Legalisierung des Verbots von 30 demokratischen Organisationen
- Verschärfung des Berufsverbots 1972
- Maulkorb-Paragraph 88 a 1975/76

Kennzeichnend für den Massencharakter der Verfolgungen auf der Grundlage des KPD-Verbots von 1956 bis 1968 war insbesondere die erschreckend hohe Zahl der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren. Auf einer Tagung des Initiativausschusses für die politische Amnestie erklärte 1963 der heutige Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer:

„Demgegenüber sind bei uns (nach Angaben des zuständigen Sachbearbeiters im Bundesjustizministerium anlässlich der letzten Strafrechtslehrtagung im Sommer 1963) seit 1951 über 150 000 Verfahren (wir haben gestern noch höhere Schätzungen gehört) nach diesen Tatbeständen durchgeführt worden.“

Bereits 1961 hatte auf einer Tagung des Initiativausschusses für die politische Amnestie Rechtsanwalt Dr. W. Ammann festgestellt:

„Berücksichtigt man weiter, daß einzelne Verfahren sich oft gegen mehrere Personen richten, bedenkt man die in Mitleidenschaft gezogenen Familienangehörigen, bei denen Haussuchungen, Beschlagnahmungen, Vernehmungen durchgeführt werden, zählt man die zahlreichen vernommenen Zeugen aus der Nachbarschaft, die Arbeitskollegen, andere Mitglieder der Organisationen, ja selbst

die Abonnenten und Empfänger von Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen usw. hinzu, so wurden also beispielsweise bei nur vier Personen pro Verfahren in der jüngsten Vergangenheit auf bundesrepublikanischem Boden eine hoch in die 100 000, mindestens aber eine halbe Million überschreitende Zahl von Menschen unmittelbar oder mittelbar in strafrechtliche politische Verfolgungsmaßnahmen einbezogen und damit verängstigt, eingeschüchtert und unter Druck gesetzt.“

## Verfolgung durch das KPD-Verbot

### 2 Einzelschicksale

#### Der Journalist Karl Schabrod, 1968

„Ich habe sehr bittere Erfahrungen machen müssen mit der Wahrung meiner demokratischen Rechte... 1958 habe ich zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen kandidieren wollen. Resultat: 9 Monate Gefängnis. 1961 habe ich zuerst als Einzelkandidat, dann aber durch die Gründung einer kommunistischen Wahlgemeinschaft kandidieren wollen. Das Resultat: 2 Jahre Gefängnis, Aberkennung des Wahlrechts, fünf Jahre Berufsverbot als Journalist.“

#### Ludwig Landwehr, Osnabrück:

1933 von der Gestapo verhaftet und vom Oberlandesgericht Hamm wegen angeblicher Vorbereitung von Hochverrat zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 1. Sept. 1939 erneut verhaftet und KZ-Haft in Buchenwald bis Mai 1945. Nach 1945 Vizeleiter der KPD beim Zentralamt für Ernährung der britischen Zone; Mitglied des Zonenbeirates und Mitglied des Verfassungsausschusses; 1947 bis 1959 Mitglied des niedersächsischen Landtags und maßgebliche Beteiligung an der Ausarbeitung des niedersächsischen Verfassungsgesetzes. Im Juli 1961 Anklage wegen Kandidatur zu den Landtagswahlen in Niedersachsen 1960 und wegen Herausgabe der Zeitung 'Parlamentarische Nachrichten'. Weitere Anklagen und ähnliche Vorwürfe 1962 und 1963; vom 26. Juli 1962 bis 12. Oktober 1962 in Untersuchungshaft.

Fortsetzung von Seite 1

Besonders gefährlich war es dabei für die deutschen Imperialisten, daß die KPD klar die Schuldigen an der Spaltung nannte und in ihrem Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands den Sturz des Adenauer-Regimes als Voraussetzung für die Wiedervereinigung nannte.

■ Kampf für die Einheit der Arbeiterbewegung für den Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Mit ihrem kämpferischen Auftreten in den Betrieben erwarben sich die KPD-Mitglieder Achtung und Vertrauen bei vielen Arbeitern. Sie war die wirkliche Arbeiterpartei, deren Parteitag 1954 stolz feststellen konnte, daß die meisten der Delegierten keine Arbeiter und aktiven Gewerkschafter waren.

An diesen Kämpfen, die die KPD geführt hatte können wir messen, was uns heute bei unseren Kämpfen fehlt. Die revolutionäre Bewegung ist heute, wenn überhaupt, nur in der Lage, Kämpfe einzeln und zersplittert zu führen. Die deutschen Imperialisten haben genau gewußt, daß die organisierte Führung der Arbeiterklasse die Voraussetzung für den Untergang des Imperialismus ist. Ziel des KPD-Verbots war es, die organisierte Vorhut des Proletariats, die Kommunistische Partei zu zerbrechen und damit den breiten Widerstand des Volkes gegen das neuerliche Erstarken des deutschen Imperialismus, gegen die Spaltung der Nation und die Remilitarisierung des Rückgrats zu brechen.

Allerdings hätte das KPD-Verbot allein dieses Ziel nicht erreichen können. Denn die Illegalität erschwert zwar den Kampf von Kommunisten, zerbricht sie aber nicht. Die KPD wurde gleichzeitig von innen zersetzt, es gelang nicht, in der Illegalität den Kampf gegen den Revisionismus, der in der KPD Fuß zu fassen begann, siegreich zu führen.

Um so höher ist der mutige Widerstand zu bewerten, den viele, die davor jahrelang in den Hitler-KZs gesessen hatten, gegen das Verbot leisteten. Durch das Verbot wurden insgesamt 200 Jahre Freiheitsstrafe über Deutsche verhängt. Tausende waren in ihrer Existenz durch Berufsverbot gefährdet. Dieser Widerstandskampf wurde geleistet, obwohl schon Jahre vorher die demokratische Bewegung durch Verbot und Verfolgung eingeschüchtert werden sollte:

- Der sogenannte "Korea-Erlass" Adenauers, der die Säuberung von Kommunisten und anderen Demokraten aus dem öffentlichen Dienst befiehlt, darunter die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) vom 20.9.1950
- Verbot der "Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages" am 24.4.1951
- Verbot des Zusammenschlusses von SPD und KPD (1946)
- Verbot der Bewegung für einen gesamtdeutschen Verfassunggebenden Volkskongress und in Zusammenhang damit Verbot von KPD-Zeitungen (Jan./Feb. 1948)

Fortsetzung von Seite 1

## Meinungen zum KPD-Verbot

das Verbot bedeutet. Damals wurde man sogar verfolgt, wenn man Broschüren des FDGB las und anderen Kollegen gab. Solch eine Stimmung herrschte damals. Auch in den Gewerkschaften hat man KPDLer verfolgt und ausgeschlossen. Mit Einheitsgewerkschaft hat das nichts zu tun. Und die Unternehmer konnten sich oft freuen, wenn die Unbequemsten aus der Organisation flogen. Auch wenn es heute die DKP gibt und Kommunisten in anderen Organisationen, muß dieses Verbot weg. Schließlich will Dregger die DKP auch schon verbieten."

■ Schüler: „Also ich finde das Verbot nicht richtig - schließlich gibt es in allen westlichen Demokratien kommunistische Parteien ohne daß die Welt untergeht. Wenn wir Meinungsfreiheit für richtig halten, dann muß man eben mit den Kommunisten leben.“

■ Siemens-Arbeiterin (23 Jahre): „KPD-Verbot, ich würde gar nicht mehr, daß es sowas gibt. Das gibt es doch nur in faschistischen Ländern und in Diktaturen. Ich finde es schrecklich, daß es sowas bei uns gibt, was heißt da schon Demokratie, wenn die Meinungsfreiheit, die uns im Grundgesetz doch garantiert sein soll, nur für die gilt, die der Regierung genehm sind.“

■ Straßenbahnfahrer: „Ja, was wollt ihr denn, schließlich schreit ihr ja auch immer nach dem NPD-Verbot. Ich bin gegen jeden Extremismus - von links und von rechts. In der Weimarer Republik waren es ja auch die roten und braunen Radikalen, die die Republik kaputtgemacht haben.“

■ Betriebsrat: „Nach 45 haben die Kommunisten hier in Westdeutschland einiges vorgeschlagen, das für uns sehr gut gewesen wäre, was aber gescheitert ist, daß viele auf die darauf folgende antikommunistische Hetze reinfielen. Gäbe es eine KPD, würde ich sie wählen.“

■ KAZ: „Wie stehst Du zur DKP?“

■ Betriebsrat: „Na ja, sie unterscheiden sich doch vom dem, was ich in den 50er Jahren von der KPD mitbekommen habe.“

- Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ) am 26.6.1951
- Verbot der VVN am 26.7.1951 trotz großer Empörung im Ausland. (erst 1963 mußte es aufgehoben werden !)

An allen Ecken und Kanten werden die Arbeiter gezwungen auf diese Angriffe vom Kapital zu reagieren, die Kollegen stehen an der Wand und müssen Lohnkämpfe führen. Es ist wichtig, daß die Arbeiterklasse in diesen Kämpfen an Stärke gewinnt, aber die Arbeiter müssen sich auch fragen, ob sie 5, 10, 20 Jahre weiter jeden Pfennig Lohn verteidigen wollen, ob sie sich ewig gegen neue Auspressmethoden zur Wehr setzen wollen? Irgendwann reicht es doch!

Es kann eine Gesellschaftsordnung geben in der die Interessen der Mehrheit regieren, in der die Wirtschaft ausgerichtet ist, nach den Bedürfnissen der Menschen.

Aber diese Sache muß organisiert angegangen werden. Die Arbeiter müssen den Marxismus-Leninismus kennen, damit versteht man die Zusammenhänge in der Wirtschaft und welche Auswirkungen diese "freie Marktwirtschaft" auf den Staat, d.h. die ganze Gesellschaft hat. Es wird durchsichtig, wie die heute noch Mächtigen handeln und die Arbeiterklasse wird ihre Strategie entwickeln, um deren Pläne zu durchkreuzen. Gezielt müssen die Streiks geführt werden um die Achillesverse der Imperialisten zu treffen! Es muß allen Teilen des Volkes gezeigt werden, daß der Sozialismus möglich ist und daß auch für sie dann das Leben eine bessere Zukunft hat. Aber gleichzeitig müssen wir uns darauf vorbereiten, daß die Kapitalisten uns das Feld nicht freiwillig räumen.

Für diese Kämpfe braucht die Arbeiterklasse eine Leitung, die KPD. In ihr müssen sich die erfahrensten, die besten Arbeiter zusammenschließen. Die, die nicht der erste Sturm zurückweht!

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD !

## Welches Interesse steckt hinter dem 20-jährigen KPD-Verbot

Welches Interesse steckt hinter dem zwanzigjährigen KPD-Verbot? Das Interesse des Profits. Die Unternehmer und die Regierenden dieses Staates, sie haben allen Grund, sich vor einer kommunistischen Partei zu fürchten, die die Interessen von Millionen in unserem Lande artikuliert, die den Arbeitern die Waffe in die Hände gibt, die ihrer Rechtlosigkeit, ihrer Ohnmacht ein Ende setzt, die die Ausbeutung und Unterdrückung für immer beseitigt.

Die KPD ist verfassungswidrig, so lautet der Urteilsspruch des ersten Senats. Als ein Grund wurde angegeben: Es ist das Ziel der KPD die sozialistisch und kommunistische Gesellschaftsordnung auf dem Wege über die proletarische (sozialistische) Revolution und die Diktatur des Proletariats herbeizuführen. Sowohl die proletarische Revolution, als auch der Staat der Diktatur des Proletariats sind mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung unvereinbar."

Wessen Freiheit, wessen Ordnung, wessen Demokratie soll hier geschützt werden? Die Freiheit einer Minderheit, über die Masse des werktätigen Volkes zu bestimmen. Die Freiheit, Millionen arbeitslos zu machen, die Freiheit, hunderttausend Kinder der Werktätigen die Bildung zu verweigern, die Freiheit, den Arbeitern das Recht zu verweigern, Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu leisten, die Freiheit, die von uns geschaffenen Fabriken und Produkte wie z.B. Nahrungsmittel zu vernichten, um die Preise zu halten, die Freiheit, Polizei, Wehrmacht und Bundesgrenzschutz gegen uns Arbeiter und demonstrierende Studenten zu hetzen und uns einzusperren, wenn wir damit nicht einverstanden sind, die Freiheit, Andersdenkende Berufsverbot zu erteilen, die Freiheit, eine wahnwitzige

Aufrüstung zu betreiben, um unsere Kinder auf den Schlachtfeldern eines dritten Weltkrieges verbluten zu lassen, um die Konkurrenten der deutschen Konzernherrschaft aus dem Feld zu schlagen und weitere Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu erobern.

Was ist das für eine Ordnung, die nur dazu dient, nicht nur Deutschland, sondern wie schon zweimal geschehen, die ganze Welt in einen riesigen Trümmerhaufen und in ein neues Massengrab zu verwandeln? Und angesichts dieser Tatsachen spucken die Herrschenden große Töne von Demokratie. Wenn sie 1968 einer Gründung der DKP zustimmen, besagt das, daß sie auch den Zielen der KPD zustimmen? Nein, das heißt es nicht. In der Schule haben uns die Herren gelehrt, daß Demokratie Volksherrschaft heißt. Wer aber herrscht hier, was bleibt da von unseren demokratischen Rechten noch übrig?

Das KPD-Verbot hat insbesondere zum Ziel, den Marxismus-Leninismus, die Wissenschaft der Arbeiterklasse zur Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu verbieten. Denn seit der ersten von Marx und Engels gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation, über die revolutionären Kämpfe in Hamburg, Berlin und im Ruhrgebiet in den 20er und 30er Jahren, haben die Herrschenden erfahren müssen, wie handfest diese Wissenschaft ist. Das KPD-Verbot soll dem zuvorkommen, was Marx in seinen Werken prophezeite, daß diese Lehre von den Massen begriffen zur materiellen Gewalt wird". Vor dieser materiellen Gewalt haben die Herrschenden berechnete Angst, hat doch ein Drittel der Menschheit diese Lehre in die Tat umgesetzt.

Die Leute aus der KPD, die damals Brandt opportunistisch auf den Leim gekrochen sind, als er das Angebot einer Zulassung unter anderem Namen machte, haben dem jahrelangen Kampf gegen das KPD-Verbot die Spi-

tze gebrochen. Die DKP-Gründung führte zur Aufspaltung der linken Bewegung, die bis dahin gemeinsam gegen das KPD-Verbot gekämpft hat. Das "linke" Gegenstück zur DKP lies nicht lange auf sich warten. Die sogenannte "KPD" wurde von einigen ungeduldigen Intellektuellen gegründet.

Gerade diese Zersplitterung macht den Kampf heute so schwierig und die rechtsopportunistische Gründung der DKP fällt auf sie selbst zurück. Die Reaktion marschiert weiter vor, was die Verbotsdrohung der DKP im Falle eines Wahlsiegs durch den Rechtsaußen Dregger u. a. beweist.

Der Widerstand gegen die Reaktion und das weiterhin voll bestehende KPD-Verbot muß organisiert und nicht zersplittert geführt werden. Die ideologische Auseinandersetzung muß endlich mit dem ersten Willen zur Einheit geführt werden. Einigkeit ist unsere Stärke! Wenn wir das heute einem Kollegen erzählen, dann bekommen wir zur Antwort: „Werdet Euch doch selber erst mal einig.“ Wir sagen, der Kollege hat recht. Denn jeder Mensch, der den Anspruch an sich stellt Kommunist zu sein, hat der Arbeiterklasse voran zu gehen. Was heißt heut, der Arbeiterklasse voran zu gehen? Die Zeit zu nützen und alle Kräfte zu konzentrieren für den Wiederaufbau der KPD.

„Das Kapital schläft nicht. Sowie das Kapital Maßnahmen zur Absicherung seiner Herrschaft durchführt, müssen wir Maßnahmen zum Sturz dieser Herrschaft durchführen. Diese Maßnahme ist der Wiederaufbau der KPD, die mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse Tung gewappnet sein muß. Kämpfen wir gegen das KPD-Verbot, dann kämpfen wir nicht nur für die Legalität des demokratisch antifaschistischen Kampfs, es ist auch die beste Voraussetzung für den Wiederaufbau der KPD, der scharfen Waffe zum Kampf für den Sozialismus auch in unserem Land.“

# Worte und Taten der bürgerlichen Politiker

Noch 1967 waren diese Politiker für die Aufhebung des KPD-Verbots. Später waren zum Teil sie es, die das Verbot mit aller Schärfe durchsetzten und ausdehnten.



Hermann Landleiter, Rechtssekretär des DGB: „Selbst wenn eine Partei uneben erscheint, braucht eine Demokratie noch lange keine Angst vor ihr zu haben. So ist es auch mit der KPD. Unsere Demokratie sollte einer solchen Partei gegenüber genügend Abwehrkräfte besitzen.“

Fränkische Landeszeitung

Hermann Landleiter 18. 11. 67

METALL setzt sich für die Aufhebung des unseligen KPD-Verbots ein, da es nicht der Demokratie dient. Wir brauchen die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus aller Spielarten nicht zu scheuen.

METALL, Organ der IG Metall 5. 9. 67

## Gustav Heinemann

Gustav Heinemann hat 1958 im Bundestag in Erinnerung daran, daß Antikommunismus in der Politik der Weimarer Republik ein wesentliches Element der ideologischen Vorbereitung des Faschismus war, folgende Warnung ausgesprochen:

„Wir bitten Sie - erlauben Sie mir, daß ich es so bescheiden wie möglich ausspreche - sich davor zu bewahren, daß ein blinder Antikommunismus über uns Macht und Herrschaft gewinne. Es gab 1933 einige, die da meinten, wenn das heraufziehende Gewitter der Entrechtlichung, der Wegnahme der Staatsbürgerrechte nur die Kommunisten träfe, dann wäre es ja erträglich, ja dann wäre es sogar gut. Es ist über uns alle hinweggerollt. Lassen wir es uns zur Warnung gesagt sein!“

(Bundestagsprotokoll vom 25.3.1958)

## Herbert Wehner

„Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, daß es auch für die Bundesrepublik und ihre Bürger besser wäre, sie könnten sich hier mit einer Partei auseinandersetzen, einer Kommunistischen Partei, die im Rahmen unseres Grundgesetzes wirken können muß, und daß sie auf diese Weise statt irgendwelchem anonymen Kommunismus sich zu stellen und das Problem Kommunismus - wie das immer so mit tiefer Betonung ausgesprochen wird - als ein außenpolitisches zu sehen gegen das man sich abschirmen muß, was ja ein entscheidendes Fehler der früheren Regierungen gewesen ist und worin ich auch die Eiselei sehe, wenn auch eine damals mit

einem frommen Wunsch gesattelte Eiselei handelt. Aber wer auf dem Esel reitet, gleichgültig, was der Sattel ist, der entspricht also auch dem Reittier. Dies war falsch. Gut, ich bin auch der Meinung es wäre besser. Nicht aus den Gründen, die die Kommunisten verstreuen, sondern aus dem Grunde, weil wir endlich unbefangener wären in der Auseinandersetzung mit der Zeiterscheinung Kommunismus und Kommunistische Partei.“

## Hans-Dietrich Genscher

Der Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, Hans Dietrich Genscher, widerspricht 1967 dem Justizminister. Eine simple Gesetzesänderung genügt, um den Kommunisten wieder das Auftreten als Partei zu ermöglichen.

„Das 1956 vom Bundesverfassungsgericht erlassene KPD-Verbot kann ohne allzu große

## Frankfurt

### Mischnick für Zulassung der KPD

s. — Auf einem Diskussionsabend der FDP in der Frankfurter Nordweststadt erklärte der Bundestagsabgeordnete Mischnick, auf die Frage des KPD-Verbotes angesprochen, er sei von Anfang an gegen den Antrag zum Verbot gewesen. Mischnick sprach von der Möglichkeit der Wiedenzulassung der KPD im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung, die das Gericht offen gelassen habe. Er sei, wenn es eine Chance gebe, jederzeit für die Aufhebung des Verbots, denn er diskutiere lieber mit einem politischen Gegner offen und in der Öffentlichkeit. Auch täte es manchen Leuten gut, sich mit Kommunisten auseinandersetzen zu müssen.

## Fragespiel

Von Tibor Yost

Frankenpost Hof 14. 11. 67

Paul Lücke, Bundesminister des Innern, erklärte in einer Illustrierten, daß er nichts gegen die Wiedenzulassung der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands habe.

Selbstverständlich sollte der Widerruf des Verbots nicht bedingungslos erfolgen. Die neue KPD müßte, so Herr Lücke, den alten Zielen abschwören.

Es ist nicht ganz klar, wie sich der Herr Innenminister die Sache vorstellt: Vielleicht so, daß eine legalisierte KPD sich von der Lehre Marx' distanzieren, den Leninismus aufgeben und den Genossen Kossygin, Mao, Ho Tschih Minh, Tito, Ulbricht oder wie sie alle heißen, die Gefolgschaft einfach aufsagen sollte? Kaum. Denn das wäre zwar gar nicht so unflott, aber dann wäre die wiedererstandene KPD eben keine KPD.

Frage: Was hat Herr Lücke bei der ganzen Sache überhaupt gedacht? Antwort: Herr Lücke dachte wahrscheinlich, daß, wenn man die KPD zuläßt, die SPD bei den nächsten Wahlen Stimmen (und nicht zu knapp) verlieren würde. Große Koalition hin, große Koalition her — das dürfte dem Parteipolitiker Lücke nicht gerade Tränen entlocken.

Dr. D. Posser, Essen, Anwaltssozius des damaligen Bundesjustizministers und späteren Bundespräsidenten Dr. G. Heinemann, in der christlichen Monatsschrift 'Stimme der Gemeinde':

„Man sollte den Mut haben, Anwalt der Kommunisten zu sein, wenn ihnen offenkundiges Unrecht geschieht: Wo ein Teil des Volkes, der kein kriminelles Unrecht getan hat, durch den Staat gezwungen wird zu schweigen und auf die Ausübung seiner Grundrechte zu verzichten, ist das ganze Volk in Gefahr. Es ist unhaltbar, daß ein Teil unseres Volkes zu Parias gemacht wird.“

Schwierigkeiten wieder rückgängig gemacht werden. Das KPD-Verbot ist im übrigen ohne Parallele in anderen freiheitlichen Staaten. In Spanien, Portugal und Griechenland freilich hält man es mit Verboten. Sollte uns solche Gesellschaft nicht nachdenklich stimmen?

## Eine KPD ohne Marxismus...

Im Oktober 1967 empfahl der damalige Außenminister Willi Brandt eine "Neugründung der KPD auf dem Boden des Grundgesetzes", die sich "staatsloyal" verhalten solle. Die Initiative von Brandt stieß bei den Innenministern der Länder auf positives Echo. Sie ließen am 12. Oktober 67 verlauten, sie würden eine Neugründung der KPD, selbst unter diesem Namen, nicht behindern, sofern deren Programm das Grundgesetz respektiere. (FAZ 30.10.67).

Warum machten sich die bürgerlichen Politiker auf einmal für die Neugründung einer KPD stark, deren Verbot sie 10 Jahre vorher selber beschlossen hatten? Hauptgrund war das Bestreben, einer immer stärker werdenden Bewegung gegen das Verbot die Spitze zu brechen, indem man der Kampagne gegen das Verbot den "Vorwand" nahm. Wehner (SPD): „Ich möchte nicht, daß sich die Kommunisten eine Märtyrerkrone aufsetzen...“ (Dt. Volkszeitung, 24.11.67) und Willi Brandt: „Ich bin dafür, daß es wieder eine KPD gibt. Das könnte eine günstige Wirkung nach innen und außen haben.“

Was antworteten die Führer der verbotenen Kommunistischen Partei auf das Angebot der Innenminister? Max Reimann:

„Wenn nun Willi Brandt sagt, eine Kommunistische Partei brauche nur neu gegründet zu werden, so ist das weder neu noch originell. Er wiederholt die selben Argumente, die vor ihm Kiesinger und Lücke geäußert haben.“

Eine solche Partei nach den Vorstellungen von Kiesinger und Lücke ohne Marxismus-Leninismus wäre keine wirkliche Kommunistische Partei, von der man hofft, sie nach Belieben in die antikommunistische Politik der CDU/CSU einspannen und in Frontstellung gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten bringen zu können. „Die Neugründung der KPD läuft auf eine entmannte KPD hinaus, die auf ihre sozialistischen Ziele verzichtet, denn ohne den Marxismus wäre sie keine richtige Kommunistische Partei (Blinkfüer 19.10.67) Manfred Kapluck, der Mitbegründer des 'Initiativsausschusses für die Wiedenzulassung der KPD' sagt dazu: „Ausgerechnet jetzt, wo die Diskussion über die Wiedenzulassung in vollem Gange ist, sollen wir die weiße Fahne hissen?“ „Es

ist sinnlos, darauf zu spekulieren, daß die Kommunistische Partei der Legalisierung wegen auf ihre Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus verzichtet.“ (Süddt. Zeitung 22.11.1967). Der Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt betonte, daß in diesem Fall das Fortbestehen des KPD-Verbotes jederzeit wie ein Damoklesschwert über der neugegründeten Partei hänge. Ein weiteres Zitat von Max Reimann aus der "Dt. Volkszeitung" vom 24.11.67: „Solange das KPD-Verbot besteht, wäre jede Neugründung von der Gnade des Verfassungsschutzes und der politischen Polizei abhängig, weil sie ständig unter dem Damoklesschwert des weiter geltenden KPD- Verbots leben müßte. Jede neugegründete Marxistische Partei müßte immer damit rechnen, als Ersatzorganisation der verbotenen KPD aufgelöst zu werden. Ihre Führer und Mitglieder wären ständig von Verhaftungen und Anklagen bedroht...“

Die KPD war also ein entschiedener Gegner jeder Neugründung und ein Jahr später - 1968 - gab es eine neugegründete DKP.

Indem die Gründer der DKP das Angebot von Brandt und den Innenministern annahmen, den kleinen Finger der ganzen Hand vorzogen, fügten sie der gesamten demokratischen Bewegung einen schweren Schaden zu. Diese Bewegung war damals stark. Sie reichte von Professoren und Intellektuellen, über Christen, Gewerkschafter bis hin zu Mitgliedern der SPD und FDP. Diese Demokraten forderten zurecht die volle ERKämpfung des Rechts auf die freie Koalition, d. h. Aufhebung des KPD-Verbots. Die Beseitigung dieses Verbots, das die

Führer der KPD noch 1965 zurecht ein Damoklesschwert nannten, wurde dadurch verunmöglicht. Und wenn Dregger heute wieder fordert und droht, die DKP zu verbieten, so beweist das sehr schlagend die Richtigkeit der damaligen Einschätzung.

„Über kurz oder lang gibt es die KPD wieder“, sagte Manfred Kapluck, damals Mitglied des Initiativsausschusses für die Wiedenzulassung der KPD 1967 und heute einer der Führer der DKP; Sie werden dafür auch und gerade vor den Mitgliedern der DKP heute zu verantworten haben, wenn es wiederum gilt, das drohende Verbot zu verhindern. Es liegt an uns, den Widerstand gegen das KPD-Verbot neu zu entfachen, all die Kräfte wieder zu sammeln, die schon einmal bereit waren, gegen das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, für die Erhaltung der demokratischen Rechte zu kämpfen.“

## Die Regierung setzte das Bundesverfassungsgericht unter Druck

Mit einem scheinbar unverfänglichen und harmlosen Gesetz beschloß die Adenauer-Regierung, daß Entscheidungen über das Parteienverbot bis 31. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht nicht gefällt werden müßten, andernfalls der Zweite Senat darüber zu befinden habe. Das Bundesverfassungsgericht reagierte prompt - am 17.8. war das gewünschte Urteil gefällt. Unabhängige Justiz?

(nach 'Tat', 13.8.76)

## KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ersch. 14-tägig  
Halbjahresabonnement . . . . . 8,-DM  
Jahresabonnement . . . . . 15,-DM  
In Briefmarken einsenden oder Überweisen auf Postcheckkonto München 256 390 800 (Helge Sommerrock)

herausgegeben vom Zentralkomitee des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD  
Verantwortlich: H. Sommerrock (im Sinne des Pressegesetzes) Druck und Vertrieb Verlag Freies Volk  
8400 - Regensburg - Goldene Ehrenstraße 6

# Im Wortlaut

Der undemokratische Charakter des Verbotsurteils geht aus dem Urtext selber hervor. Hier werden nicht nachweisbare Taten, Verstöße usw. verurteilt, sondern eine bestimmte Gesinnung und Meinung. An keiner Stelle kann der KPD tatsächliches und nachweisbares undemokratisches Verhalten bewiesen werden.

## URTEIL

- Der Präambel des Grundgesetzes kommt vor allem politische, aber auch rechtliche Bedeutung zu. Alle politischen Staatsorgane haben die Rechtspflicht, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben; sie müssen ihre Maßnahmen auf dieses Ziel ausrichten, insbesondere alles unterlassen, was die Wiedervereinigung rechtlich hindert oder faktisch unmöglich macht.
- Es ist eine vom Bundesverfassungsgericht nur unter dem Gesichtspunkt des Mißbrauchs nachprüfbar Frage des politischen Ermessens, ob die Bundesregierung nach Abwägung aller Umstände dem Gebot des Verfassungsschutzes folgend einen Antrag nach § 43 BVerfGG stellen oder die hiernach zulässige Maßnahme wegen einer Gefährdung der Wiedervereinigung zurückstellen will.
- Ein Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands steht der Wiederzulassung einer kommunistischen Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen rechtlich nicht entgegen.
- Art. 21 Abs. 2 GG ist unmittelbar anwendbares Recht (Bestätigung von BVerfGE 2, 1 (13 f.)).
- Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (vgl. BVerfGE 2, 1 (12 f.)) nicht anerkennt; es muß vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.
- Art. 21 Abs. 2 GG verlangt nicht wie § 81 StGB ein konkretes Unternehmen; es genügt, wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist.
- Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie, die durch Art. 5 Abs. 3 GG geschützt ist, und politischen Zielen einer Partei, die der Beurteilung nach Art. 21 Abs. 2 GG unterliegen, ist dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei in ihren Willen aufgenommen und zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht werden.
- Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie als die heutige in der Bundesrepublik dehalb erstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen, mag diese Beseitigung auch erst im Zusammenhang mit oder nach der Wiedervereinigung stattfinden sollen.
- Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG machen, gehören nicht nur diejenigen, die sie auf jeden Fall auszuführen gedenkt, sondern auch diejenigen, die

sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.  
 10. Wenn es angesichts des grundgesetzlichen Systems der gegenseitigen Hemmung und des Gleichgewichts staatlicher Gewalten und des wirksamen Rechtsschutzes gegen Verfassungsverstöße und -verfälschungen von Staatsorganen ein dem Grundgesetz immanentes Widerstandsrecht gegen einzelne Rechtswidrigkeiten gibt, so sind an seine Ausübung jedenfalls folgende Anforderungen zu stellen:  
 Das Widerstandsrecht kann nur im konservierenden Sinne benutzt werden, d. h. als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung.  
 Das mit dem Widerstand bekämpfte Unrecht muß offenkundig sein.  
 Alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe müssen so wenig Aussicht auf wirksame Abhilfe bieten, daß die Ausübung des Widerstands das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechts ist.

Urteil des Ersten Senats vom 17. August 1956  
 - 1 BvB 2/51 -

in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands

## ENTSCHEIDUNGSFORMEL

1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.
  2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.
  3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.
  4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.
- II. In den Ländern werden die Minister (Senatoren) des Innern mit der Durchführung der Entscheidung zu Ziffer 1 2 und 3 beauftragt; insoweit stehen ihnen unmittelbare Weisungsbefugnisse gegenüber allen Polizeiorganen zu.  
 Die Einziehung des Vermögens wird dem Bundesminister des Innern übertragen, der sich der Hilfe der Minister (Senatoren) des Innern der Länder bedienen kann.
- III. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Entscheidung oder gegen die im Vollzuge dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden gemäß §§ 47, 42 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft.

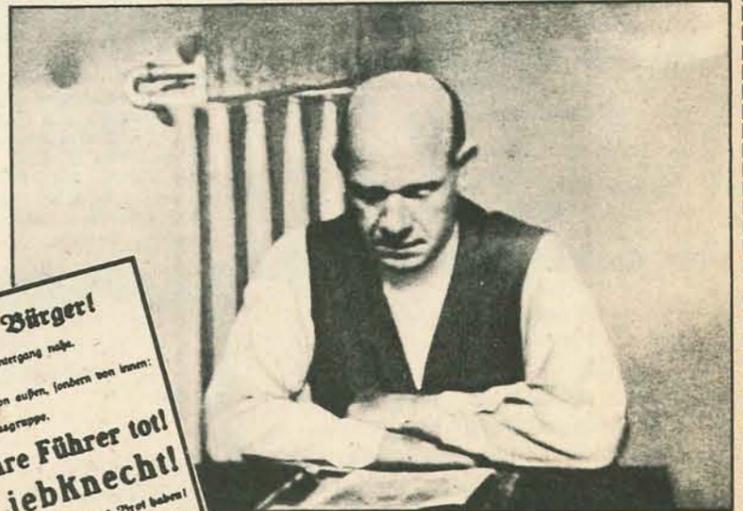
## Wer waren die Richter?

Der Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts, Dr. J. Wintrich, wurde 1940 von der Nazijustiz zum Oberstaatsanwalt vorgeschlagen mit den Worten: „Aber nationalsozialistischen Gesinnung des Herrn Wintrich besteht kein Zweifel.“  
 Mindestens acht der elf Richter des Bundesverfassungsgerichts, die über das Verbot der KPD befanden, waren Beamte der Adenauer-Regierung oder direkt Mitglied seiner Partei.

(nach 'Tat', 13.8.76)

# 126 Jahre Kommunistenverfolgung in Deutschland

Das Verbot der KPD, das auf Antrag der Adenauer-Regierung nach 5-jährigem Verfahren am 17.8.1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen wurde, liegt in einer Linie mit dem schon von Karl Marx beschriebenen Kommunistenprozeß zu Köln 1851/52, mit Bismarcks Sozialistengesetz von 1878 und mit dem sogenannten "Republikenschutzgesetz" des SPD-Reichsinnenministers Carl Severing 1922 und 1929, sowie mit dem Verbot 1933 durch die Faschisten.



Ernst Thälmann im Kerker  
 geb. am 16. April 1886 in Hamburg  
 ermordet am 18. August 1944 durch die Faschisten in Buchenwald

**Arbeiter, Bürger!**  
 Das Diktatorat ist dem Übergang nahe.  
 Jetzt ist!  
 So wird nicht bestraft von außen, sondern von innen!  
 Das der Spartakusgruppe.  
**Schlagt ihre Führer tot!**  
**Tötet Liebknecht!**  
 Dann werdet ihr Stricken, Arbeit und Brot haben!  
 Die Frontsoldaten



Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht  
 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands  
 ermordet durch die Regierung Eberts und Scheidemanns im Januar 1919

Ernst Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, über sich selbst: „Ich bin kein weltflüchtiger Mensch, ich bin ein Deutscher mit großen nationalen, aber auch internationalen Erfahrungen. Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja, mein ganzes, die Persönlichkeit, zum Besten der deutschen Zukunft, für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen...“

## GEGEN DEN ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE !

# 1952

ADENAUER-BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ

Verbietet jegliche parteipolitische Betätigung im Betrieb. Gesetzliche Bindung des Betriebsrates an Unternehmerinteressen. Schweigepflicht, Friedenspflicht, "Vertrauensvolle Zusammenarbeit", Einschränkung des Streikrechts u.v.a.

# 1956

KPD-VERBOT

200 demokratische Organisationen werden verboten. Die Organisationsfreiheit wird drastisch eingeschränkt. Jede fortschrittliche Bewegung wird unterdrückt. Die Verbreitung kommunistischer Ideen wird strafrechtlich verfolgt.

# 1965

AUSLÄNDERGESETZE

"Unerwünschte Ausländer" können jederzeit aus der Bundesrepublik abgeschoben werden, wenn sie durch Anprangern des faschistischen Terrors in ihren Heimatländern die guten Geschäfte der deutschen Konzerne gefährden. Disziplinierung von Gastarbeitern.

# 1968

NOTSTANDSGESETZE

Diese Gesetze ermöglichen den Einsatz der Bundeswehr gegen streikende Arbeiter und legalisieren die Bespitzelung fortschrittlicher Menschen durch den Verfassungsschutz. Sie sind Handhabe des Staates, die demokratischen Rechte völlig ausser Kraft zu setzen.

# 1972

VERSCHÄRFUNG DER BERUFSVERBOTE

Jeder, der den bestehenden Verhältnissen kritisch gegenübersteht, soll eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. Eine Neuauflage von Bismarcks Sozialistengesetzen und dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" der Nazis.

# 1975

MAULKORB-PARAGRAPH

Die Befürwortung von Gewalt wird unter Strafe gestellt. Was Gewalt ist, bestimmt der Staat. Der Widerstand gegen die Staatsgewalt soll damit getroffen werden. Die Anwendung erfolgt nicht gegen Franz Josef Strauß oder gegen hetzerische Kriegsfilme, sondern gegen Linke.

# Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD